



**Positionspapier
der Jungen Union Ries**

**Partizipation
der Bopfinger Jugend
an der Kommunalpolitik**

Positionspapier der Jungen Union Ries

Partizipation der Bopfinger Jugend an der Kommunalpolitik

Derzeitige Situation

Das Interesse der jungen Menschen an der Politik schwindet seit vielen Jahren dramatisch. Das zeigt die Wahlbeteiligung der Erstwähler bei jeder Wahl aufs Neue. Gerade an der Kommunalpolitik, die in den heutigen Massenmedien Fernsehen und Internet kaum Beachtung findet, zeigen die Jugendlichen ein sehr geringes Interesse. Dadurch kommt es oft zu einer Überalterung der kommunalen Parlamente und dadurch zu einer Überalterung der von ihnen gestalteten Politik.

Die Beteiligung der Bopfinger Jugend an den politischen Prozessen ist ein großes Anliegen der Jungen Union Ries. Wer eine Politik gestalten will, die den Interessen der jungen Menschen gerecht werden will, muss auf die Anliegen und Wünsche dieser jungen Menschen auch eingehen. Nur so kann dem Politikverdrossen entgegen gewirkt werden.

Folgerung

Das Interesse von Jugendlichen an der Kommunalpolitik muss neu geweckt werden. Es gibt einige Modelle, die eine Jugendbeteiligung in der kommunalen Politik vorsehen. Das am häufigsten diskutierte Modell ist sicher der Jugendgemeinderat, wie er z. B. von den Jusos Lauchheim-Sechta-Ries vor Ort befürwortet, und in einigen Gemeinden in Baden-Württemberg eingesetzt wird. Die Junge Union Ries setzt sich im Folgenden mit diesem Modell kritisch auseinander. Dabei ist auch sie davon überzeugt, dass Politik für junge Menschen wieder attraktiver gemacht werden muss.

Ein Jugendgemeinderat hätte mit Sicherheit einen kontinuierlichen Kontakt zwischen den Jugendgemeinderatsmitgliedern, den Gemeinderäten und dem Bürgermeister zur Folge.

Jeder Jugendliche, der sich in einem Jugendgemeinderat engagierte, würde zudem wertvolle Erfahrungen in der Kommunalpolitik gewinnen.

Jedoch zeigen die Erfahrungen aus vielen anderen Gemeinden, in denen Jugendgemeinderäte geschaffen wurden, dass die Beteiligung der Jugendlichen an ihnen leider oft sehr zu wünschen übrig lässt. Die meisten Jugendlichen befürworten zwar einen Jugendgemeinderat, doch ist die Wahlbeteiligung in vielen Gemeinden enttäuschend schwach und die Bereitschaft für ein Mandat zu kandidieren sehr gering ausgeprägt. Die Legitimation eines Jugendgemeinderats ist in solchen Fällen in Frage gestellt.

Ein weiteres Problem ist die sehr eingeschränkte Entscheidungsbefugnis. Zwar können Jugendgemeinderäte nach außen hin selbst Entscheidungen treffen, sind jedoch dennoch vom guten Willen des Gemeinderats und des Bürgermeisters abhängig. Häufig haben Jugendgemeinderäte geradezu lediglich eine Alibifunktion, und sind eine Ausrede für eine schlechte Jugendpolitik des Gemeinderates.

Die Junge Union lehnt daher eine Jugendbeteiligung in Form eines Jugendgemeinderats ab.

Jugendforum – ein Lösungsansatz

Die Junge Union Ries ist sich sicher, dass es auch bessere Lösungen gibt. Sie fordert daher die Schaffung eines Jugendforums.

Der Ansatz der JU Ries sieht vor, dass Bürgermeister und Ortsvorsteher sich in regelmäßigen Abständen den Fragen und der Kritik der Jugendlichen stellen, wobei es jedem Jugendlichen selbst überlassen ist, ob er an solch einem Jugendforum teilnimmt oder nicht. Wichtig dabei ist, dass jeder Jugendliche, der

ein wichtiges Anliegen hat, die Möglichkeit hat, die Kommunalpolitiker direkt anzusprechen.

Jugendforum – unsere konkrete Vorstellung

Die Einladung der Jugendlichen erfolgt mittels Stadtanzeiger, Zeitungen, Plakaten und Flyer. Außerdem sollten die Bopfinger Schulen gebeten werden, in den betreffenden Klassenstufen Informationsblätter über das Jugendforum an die Schüler aus Bopfingen und den Teilorten zu verteilen. Des Weiteren sollten die Jugendbetreuer der Bopfinger Vereine, sowie die örtlichen Jugendorganisationen gebeten werden, die Jugendlichen auf das Jugendforum aufmerksam zu machen und eingeladen werden sich aktiv am Jugendforum zu beteiligen.

Das Jugendforum findet am besten an einem Samstagnachmittag statt. Zunächst teilen sich die Jugendlichen in Arbeitsgruppen auf und beschäftigen sich mit verschiedenen Themenschwerpunkten. Jede Arbeitsgruppe wird von einem Jugendbetreuer moderiert. Das Ziel ist, dass am Ende zu jedem Thema einige Ideen und Vorschläge gesammelt worden sind.

Anschließend (am besten nach einer kurzen Pause mit einer Stärkung) beginnt der eigentliche Teil des Jugendforums. Der Bürgermeister und die Ortsvorsteher, sowie Vertreter der Gemeinderatsfraktionen werden mit den erarbeiteten Ideen konfrontiert. Unrealistische Forderungen können dann abgewiesen und die Gründe dafür dargelegt werden. Aber vor allem sollen auch Zusagen gegeben werden, welche Ideen umgesetzt werden sollen. Sowohl die Wünsche auf Seiten der Jugendlichen als auch die Antworten der Politiker werden protokolliert und im Stadtanzeiger und den Zeitungen veröffentlicht.

Nach mindestens drei Monaten, spätestens nach sechs Monaten soll ein „Nachtreffen“ zwischen den Jugendlichen und den Politikern stattfinden, um Bilanz zu ziehen. Die Arbeit des Gemeinderats und der Ortschaftsräte wird dabei an ihren Zusagen auf dem Jugendforum gemessen. Die Jugendlichen sollen kritisch nachfragen, wenn Zusagen nicht eingehalten wurden. Aber auch den

Politikern sollte dadurch die Möglichkeit gegeben werden, die Sachzwänge zu erläutern, die ihre Entscheidungen beeinflusst haben.

Das Jugendforum sollte mindestens einmal im Jahr, jedoch nicht öfters als zweimal im Jahr stattfinden, damit von Seiten der Jugendlichen auch stets genügend neue Ideen zustande kommen können.

Begründung

Das große Manko der Jugendgemeinderäte ist, dass Jugendliche das Interesse an einer Mitarbeit oft schnell verlieren (vor allem weil sie feststellen, dass ihre Beschlüsse im Gemeinderat oft unter den Tisch fallen) und daher zu Sitzungen nicht mehr erscheinen, wodurch die Beschlussfähigkeit und die Arbeit des Jugendgemeinderats beeinträchtigt ist. In vielen Gemeinden hat die Erfahrung gezeigt, dass es ein großes Problem darstellen kann, genügend Jugendliche zu finden, die bereit sind, für einen Platz im Jugendgemeinderat zu kandidieren. Ein Jugendforum hingegen erfordert kein dauerhaftes Engagement, sondern ist zeitlich begrenzt.

Ein Jugendforum bietet die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik mittels altersgerechter Methoden und ohne die starren, festgefügtten Formen eines Jugendgemeinderats zu nehmen, in dem wiederum nur eine bestimmte Altersgruppe, die vorher schon politikinteressiert war, vertreten ist. Jeder Jugendliche kann sich direkt mit seinem Anliegen an die Politiker wenden, und nicht erst einen Vertreter wählen, wodurch ein Element der oft geforderten verstärkten Basisdemokratie geschaffen wird.

Ein ganz entscheidendes Problem ist auch, dass die Jugendgemeinderäte im Gemeinderat oft nur ein Anhörungsrecht haben und Vorschläge daher nur unzureichend behandelt werden. Außerdem werden Ablehnungen oft nicht ausreichend begründet und Entscheidungen verschleppt. Diskussion und Ergebniskontrolle – genau das sieht ein Jugendforum ausdrücklich vor. Hinzu

kommt ein viel stärkerer öffentlicher Druck, als es bei einem Jugendgemeinderat der Fall wäre.

Schlussbetrachtung

Für die Stadt Bopfingen würde sich durch die Schaffung eines Jugendforums nicht nur die Möglichkeit ergeben sich nach Außen hin als eine jugendfreundliche Gemeinde zu zeigen, sondern es würde ihr die echte Chance geben Jugendpolitik zu betreiben, die den Vorstellungen der Jugendlichen entspricht, und die in der Folge auch akzeptiert, respektiert und verstanden werden würde.

Die Stimme der Jugend muss besser in die Kommunalpolitik mit einfließen und dies kann am besten dadurch geschehen, dass Politik und Jugend näher zusammenrücken.

Am Ende können nur beide Seiten davon profitieren!

Bopfingen, 24. Oktober 2007

Junge Union Ries